

Forschung oder leise in den Dauerbetrieb?

Kohlendioxidspeicherung in ehemaligen Erdgaslagerstätten der Altmark war Anlass für eine Podiumsdiskussion mit 80 Zuhörern am Donnerstag. Im Podium saßen Undine Kurth, sachsen-anhaltische Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen; Sabine Niels, Grünen-Abgeordnete im brandenburgischen Landtag; Martin Rühl, Geschäftsführer der Stadtwerke Wolfhagen (Hessen) und Mike Kess von der Bürgerinitiative CCS-Protest aus dem brandenburgischen Beeskow.

Von Martin Rieß

Salzwedel. Mit dem Titel „CO₂-Endlager in der Altmark? Nein danke!“ war die Marschrichtung für die von der Undine Kurth organisierte Veranstaltung klar. 80 Zuhörer und Mitdiskutanten hatten sich dazu am Donnerstagsabend im Saal der Salzwedeler Gaststätte Eisen Carl versammelt. Der kurz zuvor vorgestellte Referentenentwurf zu einem CCS-Gesetz (CCS: Carbon Capture Storage), das die Lagerung von abgetrenntem Kohlendioxid (CO₂) aus Kraftwerksabgasen im Boden regeln soll, sorgte für zusätzliche Aktualität und für Emotionalität in der Diskussion.

Dass für Energiesicherheit gar keine Kern- und Kohlekraft notwendig sind – und damit auch keine Lagergebiete für deren Rückstände – suchte Martin Rühl zu verdeutlichen. Er ist Ge-



Den Beiträgen der Referenten aus dem Podium schloss sich eine Diskussion mit den Zuhörern an. Fotos: Martin Rieß/privat

schaftsführer der Stadtwerke von Wolfhagen, einer 13 000-Einwohner-Stadt in Nordhessen. „Der von uns angebotene Strom ist in der Summe zu 100 Prozent regenerativen Ursprungs“, erklärte Rühl. Insbesondere im Ausbau der Windenergie sieht er Potenzial. Inzwischen habe sein Unternehmen daher auch eigene Anlagen. Damit böte sich eine Option, von der auch die Einwohnerschaft der Kommune in Zukunft profitieren könnte: Windstrompreise seien günstiger im Vergleich zu denen konventionellen

Energie. Dazu komme der direkte Geschäftsanteil am Windpark.

Das Wolfshagener Modell setze allerdings kommunale Energieunternehmen voraus: „Es ist doch klar, dass ein großer Konzern vor allem viel Strom verkaufen will. Ihm ist nicht an den Menschen vor Ort gelegen und nicht an der Nachhaltigkeit“, so Rühl. Im geplanten CCS-Gesetz sieht Rühl indes eine Gefahr für die regenerativen Energien: Mit der entsprechenden Technologie würde der konventionellen Energiewirtschaft ein grünes Mäntelchen



Undine Kurth



Mike Kess



Sabine Niels



Martin Rühl

umgehängt und der Weg für erneuerbare Energien verbaut. Undine Kurth: „Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, in Erforschung und Ausbau alternativer Energien zu investieren, anstelle weiter horrenden Geldbeiträge in fragwürdige Technologien wie CCS zu investieren.“

Dass das als Entwurf vorliegende Gesetz dabei keineswegs der Erforschung dient, sondern eher dem Einstieg in die Endlagerung gigantischer Kohlendioxidmengen, befürchtet Sabine Niels: „2017 soll das Gesetz

evaluiert werden. Kann in einer solch kurzen Zeit überhaupt ausreichend Forschungsarbeit geleistet werden oder geht es doch eher darum, stillschweigend in den Dauerbetrieb überzugehen?“, fragte sie. Dass zumindest schon vor Gesetzesbeschluss seitens der CCS-Befürworter an der entsprechenden Infrastruktur gearbeitet wird, hat Rolf Zeißig, Mitglied der Bürgerinitiative „Kein CO₂-Endlager in der Altmark“, beobachtet: Es würden inzwischen Messpunkte auf dem altmärkischen Erdgasfeld installiert.

Sabine Niels verwies auf Forschungsergebnisse, nach denen die CO₂-Speicherung im Boden das Grundwasser massiv gefährde. Mit diesem Fakt sei es ihr oft gelungen, Unentschlossene zu überzeugen – wenn schon der Hinweis auf Zweifel an der sicheren Speicherung des Gases über tausende Jahre nicht gezogen habe.

„Überhaupt: Eine gute Öffentlichkeitsarbeit ist entscheidend“, erklärte Mike Kess von der Beeskower Bürgerinitiative CCS-Protest. Vattenfall plant in dieser Region die Einlagerung von CO₂ in porösen salzwasserführenden Schichten. Es gelte, die Faktenlage genau zu kennen, aber auch immer wieder öffentlich auf offene Fragen und Fehler seitens der CCS-Befürworter hinzuweisen, so Mike Kess weiter. Es gelte, in der Region die Meinungsführerschaft, die Mehrheit zu gewin-

nen. „Ich kann Ihnen sagen: Sehr bewährt haben sich Flugblätter mit Landkarten, auf denen die Ausmaße der von der Kohlendioxid-Verklappung betroffenen Gebiete zu erkennen sind.“ Sabine Niels warb indes dafür, dass Bürgerinitiativen nicht allein gegen Projekte auftreten sollten, sondern sich für Alternativen stark machen müssen, beispielsweise für alternative Energien anstelle von Kohlestrom.

Lothar Lehmann, Sprecher von „Kein CO₂-Endlager in der Altmark“, zeigte, dass er dem Ansinnen von Sabine Niels, sich aktiv für erneuerbare Energien einzusetzen, folgt – im Namen seiner Bürgerinitiative fordert er vom Gesetzgeber anstelle des Gesetzes über die CCS-Technologie ein „Gesetz zur Stromerzeugung durch 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2050“.

Nicht so weit gehen wollten als einzige im Rund' Landrat Michael Ziche (CDU) und der SPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Barth: Für eine abschließende Positionierung sei es nämlich noch zu früh. Allerdings sollten die Sorgen der in den Bürgerinitiativen zusammengeschlossenen Bürger durchaus eine Rolle spielen, versprachen die beiden Politiker. Das Versprechen der beiden Grünenpolitikerinnen ging indes dahin, dass sie sich von ihrer Position gegen die CCS-Technologie nicht abbringen lassen und die Gegner weiter unterstützen werden.